

**Protokoll der Pressekonferenz
„Ausführungen anlässlich der endgültigen Fassung
des Konzepts der Inverkehrgabe des Euro-Bargeld“**

Herr Meister, MdD

Nach rund 2 1/2 Jahren, sechs teils kontrovers verlaufenden Sitzungen in großer Runde, nach einer Vielzahl bilateraler Gespräche mit einzelnen Beteiligten, sowie vier fortgeschriebenen Konzeptformulierungen kann ich Ihnen heute mitteilen, dass das Drehbuch für die Eurobargeldeinführung fertig ist. „Was lange währt, wird endlich gut“, unter diesem Motto darf ich Ihnen heute unser gemeinsames Referenzszenario für die Euro-Bargeldeinführung vorstellen. Gemeinsam heißt, dass wir uns mit 24 Verbänden und drei Bundesministerien (Bundesfinanz-, Bundesinnen- und Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) schließlich auf ein Konzept geeinigt haben, das eine gute Basis für einen reibungslosen Bargeldübergang bietet. Viele Verbandsvertreter und die drei Vertreter der Bundesministerien sind hier, die im Bedarfsfall auch direkt für Fragen Ihrerseits zur Verfügung stehen. Dass die Diskussion mit den Beteiligten nicht immer einfach war, ist angesichts der unterschiedlichen Interessenlage verständlich. Umso mehr begrüßen wir jetzt, dass für alle Beteiligten befriedigende Lösungen gefunden wurden. Die Bundesbank als Federführer und gleichzeitig Moderator in den Verhandlungen hat es - wie Sie sich vorstellen können - nicht immer ganz leicht gehabt. Eine der schwierigen Fragen mit Nachwirkungen bis in die jüngste Zeit ist die Kostenfrage. Der Grundsatz, Kosten sind dort zu tragen, wo sie anfallen, durfte und darf nicht in Frage gestellt werden. Insofern konnte auch Forderungen, insbesondere aus den Bereichen der Kreditwirtschaft, nach Kostenübernahme nicht entsprochen werden, denn alle Beteiligten haben erhebliche Aufwendungen; das gilt für den Handel, die Kredit- und Automatenwirtschaft und andere beteiligte Verbände. Insofern durfte an diesem Grundsatz nicht gerüttelt werden. Die Bonusregelung sehen wir als wichtigen Teil des Konzepts an, denn nur hier gibt es einen Anreiz für ein frühzeitiges Frontloading, und nur so lässt sich bei den vorhandenen Transportkapazitäten eine notwendige Entzerrung der Liefertermine überhaupt erreichen. Durch die kostenlose Zurverfügungstellung von Starter Kits - und zwar Banknoten und

Münzen - für Geschäftskunden wird insbesondere den Interessen des Einzelhandels entsprochen, so dass wir meinen, dass alles in allem unter den gegebenen Umständen das Konzept in seinen Auswirkungen als faire Regelung angesehen werden kann. Man kann auch sagen, dass die Unzufriedenheit gleichmäßig verteilt ist. Durch die Verbände und die Landeszentralbanken als die Bargeldpartner der Bundesbank vor Ort, wirken mittelbar auch die Einzelakteure wie Banken, Händler, Handwerker und Verbraucher an der Konzeptfortschreibung mit. Fragen konnten daher praxisorientiert angegangen und geklärt werden. Vor diesem Hintergrund verpflichteten sich die Verbände, auf ihre Mitgliedsinstitute einzuwirken, die im Konzept enthaltenen Empfehlungen im Rahmen ihrer unternehmensindividuellen Planung verlässlich zu handhaben. Das Konzept beschreibt den rechtlichen Rahmen des Übergangs zum Euro-Bargeld, die Rolle von Bürgern, Kreditinstituten und Handel, den Rückfluss des DM-Bargeldes, Transport und Bearbeitung von Bargeld durch Geld- und Werttransportunternehmen und vieles andere mehr.

Mit der „modifizierten Stichtagsregelung“, das heißt, dass der Euro ab dem 01.01.2002 alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel ist - also kein Parallellauf mit der D-Mark -, sollen die für Verbraucher, Handel und Kreditwirtschaft verbundenen Belastungen und Kosten reduziert werden. Der Rechtsrahmen für den nahtlosen Übergang von der D-Mark zum Euro als gesetzliches Zahlungsmittel, der sog. juristische „Big Bang“, wird ergänzt durch die gemeinsame Erklärung der Verbände vom 22. Oktober 1998. Sie ermöglicht DM-Barzahlung noch bis Ende Februar 2002. Worauf man nicht oft genug hinweisen kann: Kein Verbraucher muss sich sorgen, denn die Bundesbank steht für einen zeitlich und betraglich unbegrenzten, gebührenfreien Umtausch von DM-Bargeld bereit. Allerdings muss Anfang Januar 2002 niemand seine Bank aufsuchen; noch vorhandene Restbestände an DM-Bargeld können, wie gewohnt, für Einkäufe verwendet werden, so dass der Gang an den Geldautomat oder Bankschalter zur Versorgung mit Euronoten noch etwas warten kann.

Neben umfangreichen Erläuterungen des Konzepts selbst finden Sie in der Anlage sehr interessante Informationen, die Grundlage für unsere Vereinbarung sind.

Einige wichtige Punkte, beginnend mit dem Mengenproblem vor allem bei Münzen: Insbesondere die Menge der zurückfließenden DM-Münzen ist in den zurückliegenden Monaten nicht immer ganz zutreffend dargestellt worden. Wir erwarten, dass von den 48,5 Mrd.

umlaufenden DM-Münzen rund 28,5 Mrd. Stück Münzen zurückfließen werden. Die Schwundquote wird auf ca. 40 % geschätzt. Hierbei handelt es sich insbesondere um Kleinmünzen, die z. B. in der Industrie zweckentfremdet verwendet oder zu Souvenirplaketten und Schmuckanhängern umgeprägt oder nach altem Brauch bei Urlaubsreisen in den Brunnen geworfen werden - eine doch erhebliche Zahl. Das Einsammeln von 28,5 Mrd. Münzen bleibt gleichwohl eine gewaltige logistische Aufgabe; es geht hierbei immerhin um rund 100.000 Tonnen Münzen. Der Rückfluss erfolgt über Kontoeinzahlung oder im Wege des Bartauses der D-Mark gegen Euro bei über 55.000 Geschäftsstellen von Banken und Sparkassen, daneben über Zahlungen im Handel, Handwerk, Gastronomiegewerbe oder an noch nicht auf Euro umgestellten Automaten. Auf Grund einer Untersuchung, die wir selbst in Auftrag gegeben haben, gehen wir davon aus, dass 6 - 10 Mrd. Münzen von Privaten in Spardosen, Flaschen oder sonstigen Behältern angesammelt wurden. Diese Bargeldbestände werden im Zahlungsverkehr nicht mehr benötigt. Alle Konzeptbeteiligten sind an einer zeitlichen Entzerrung des Bargeld austausches interessiert. Wir wollen daher die Bevölkerung ermuntern, diese Horte frühzeitig aufzulösen. Zusammen mit der Kreditwirtschaft, dem Handel und den Verbraucherverbänden starten wir zu diesem Zweck im Mai eine groß angelegte Werbekampagne. Sie soll die Bevölkerung motivieren, ihre Ersparnisse, vor allem Münzen, aber auch Banknoten, auf Konten einzuzahlen. Das Motto unserer Kampagne lautet: „Her mit den Schlafmünzen“. Wir haben für unsere Kampagne Herrn Günther Jauch gewinnen können.

Ergänzende Maßnahmen der Bundesbank für einen reibungslosen Bargeldübergang: Hier möchte ich vor allem die 400 Mio. Stück Banknoten im Wert von ca. 4 Mrd. Euro herausstellen, die für den Vorab-Bedarf als sog. Starter Kits für die Geschäftskunden kostenlos zur Verfügung gestellt werden; dann die Zurverfügungstellung von entsprechenden Münzmischungen und die Einführung eines Bonussystems. Erwähnen möchte ich schließlich noch die 53,5 Mio. von Bundesregierung und Bundesbank bereitgestellten Münzhaushaltsmischungen, die die Kreditinstitute ab dem 17. Dezember 2001 zum Preis von 20 DM an Private abgeben werden. Ich bin zuversichtlich, dass durch diese Maßnahmen der Übergang zum Euro bargeld reibungslos verlaufen wird. Ich möchte zur Klarstellung nochmals wiederholen: Eine vorzeitige Ausstattung der Verbraucher mit Euro banknoten steht nicht im Einklang mit Art. 10 der Verordnung des Rates vom 3. Mai und wird es deshalb nicht geben. Im übrigen brauchen

alle Beteiligten, allen voran der Einzelhandel, für ihre Vorbereitung auf das Euro-Bargeld jetzt Planungssicherheit.

Bezüglich der Sicherheitsmaßnahmen kommen die Vorbereitungen gut voran. Konkrete Schutzmaßnahmen können allerdings erst dann festgelegt werden, wenn die Entscheidungen über Lagerung und Transportwege sowie den Zeitplan gefallen sind. Was die Arbeitszeitregelung angeht, hat das Koordinierungsgremium der Bundesländer beschlossen, dass bis spätestens Mitte 2001 in den Bundesländern einheitliche Regelungen zur Ausweitung der Arbeitszeit während des Spitzenbelastungszeitraumes getroffen werden. Das ist der 17.12.2001 - 25.01.2002 und der 25.02. - 28.02.2002. Im übrigen soll eine Verlängerung der werktäglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden zugelassen werden. Die wöchentliche Arbeitszeit wird 70 Stunden nicht überschreiten. Eine Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen ist ebenfalls vorgesehen und soll möglich sein am 30.12.2001, am 01.01.2002 sowie am 06. und am 13.01.2002. Die Konzeptbeteiligten werden zügig Gespräche mit den zuständigen Tarifpartnern aufnehmen oder fortsetzen.

Zum Umtausch nationaler Banknoten, ein Thema, das in der letzten Zeit häufig Gegenstand von öffentlichen Erörterungen war: Der Ankauf der fremden nationalen Banknoten, also z. B. französische Francs oder italienische Lire, erfolgt auf Wunsch der Verbraucher und der Kreditwirtschaft über das Jahresende 2001 hinaus. Der Europäische Zentralbankrat hat hierzu beschlossen, dass dieses Angebot bis zum 31. März 2002 verlängert wird. Die Zweiganstalten der Bundesbank werden demgemäß für weitere drei Monate die nationalen Banknoten anderer Euroteilnehmer ankaufen.

Erlauben Sie mir noch drei Punkte anzusprechen, die nicht unmittelbar mit dem Konzept zusammenhängen, die aber in der letzten Zeit ein beachtliches Interesse gefunden haben. Zunächst zu der Frage, ob Banknoten und Münzen in der benötigten Menge und Qualität zur Verfügung stehen. Für mich gibt es keinen Zweifel, dass im Herbst dieses Jahres ausreichend Banknoten und Münzen zur Verfügung stehen, die auch den hohen Qualitätsanforderungen entsprechen. Die Planungen berücksichtigen nicht nur den Bedarf für die Erstausstattung von zunächst 10 Mrd. Stück. Darüber hinaus sind wegen bestehender Unsicherheiten hinsichtlich der Stückelung und der örtlichen Nachfragenhöhe sog. logistische Reserven in Höhe von 4 Mrd. Stück Banknoten vorgesehen. Zur Absicherung allgemeiner Risiken qualitativer, aber auch quantitativer, Art hat der EZB-Rat am 15. März

den Aufbau einer zusätzlichen zentralen Reserve von etwa 10 % des bisher vorgesehenen Produktionsvolumens beschlossen.

Wie steht es mit der Fälschungssicherheit der neuen Banknoten? Die Euro-Banknoten enthalten eine Vielzahl von Sicherheitsmerkmalen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen, und werden deshalb mindestens ebenso gegen Fälschungen gesichert sein wie die gegenwärtig im Euroraum umlaufenden nationalen Banknoten. Das ist - wie ich glaube - beruhigend, macht aber nicht überflüssig zu wissen, an welchen Merkmalen man echtes Bargeld erkennen kann. Die Echtheitsmerkmale des Euro-Bargeldes werden aus Sicherheitsgründen erst am 1. September dieses Jahres bekannt gegeben. Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken halten Informationsmaterial über das genaue Aussehen und die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten und Münzen bereit. So kann sich die Bevölkerung mit den neuen Banknoten und Münzen vertraut machen. Selbstverständlich bereiten sich auch Kassierer und andere vor, indem sie das Erkennen von Sicherheitsmerkmalen trainieren. Unsere Landeszentralbanken bieten dazu Schulungsveranstaltungen. Insoweit ist gut vorgesorgt.

Eine kurze Anmerkung zu Preissteigerungen infolge der Euro-Bargeldeinführung: Ich gehe eigentlich davon aus, dass sowohl die Privatwirtschaft als auch die öffentliche Hand die Umstellung auf den Euro nicht für Preissteigerungen nutzen werden. Aber auch im Vorfeld der Euro-Bargeldeinführung sollten meiner Meinung nach die Verbraucher aufmerksam sein. Die Neufestlegung der verkaufpsychologisch wichtigen Schwellen- und Eckpreise ist bereits im Gange. Im Zuge der DM-/Euro-Umrechnung wird es sowohl nach oben als auch nach unten zu Rundungen kommen. Der starke Wettbewerbsdruck im Einzelhandel spricht dafür, dass die Euro-Bargeldeinführung insgesamt keine Preissteigerungen bringen sollte.

Wesentliche Bedeutung wird im Rahmen des Konzepts die Information der breiten Öffentlichkeit haben. Zusammen mit den Beteiligten haben wir deshalb ein Faltblatt entwickelt, das dem Verbraucher Antworten auf wichtige Fragen im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung gibt. Das Faltblatt wird Ihnen ausgehändigt. Wir werden anlässlich der Sonderaktion zum vorzeitigen Bargeldrückfluss in den nächsten Wochen der Bevölkerung über die Kreditwirtschaft diese Faltblätter aushändigen.

Mit dem gemeinsamen Konzept haben wir die Grundlage für einen reibungslosen Übergang zum Euro-Bargeld geschaffen. Der Euro, das ist unser Geld. Im Drehbuch für die Euro-Bargeldeinführung spielt der Bürger eine besondere Rolle. Letztlich wird sein Verhalten mit ausschlaggebend dafür sein, wie gut der Bargeldumtausch gelingt. Ich bin sicher, dass wir mit dem gemeinsamen Konzept einen großen Schritt vorangekommen und auf gutem Wege zu einem reibungslosen Euro-Bargeldstart sind.

Stellungnahme:

Mein Name ist Thorsten Krüger und ich darf bei dieser Gelegenheit eine Erklärung für den Hauptverband des Deutschen Einzelhandels verlesen:

Der HDE hat dem gemeinsamen Konzept lediglich zugestimmt, um dem falschen Eindruck entgegenzuwirken, der deutsche Handel werde die Einführung des Euro nicht unterstützen. Ausdrücklich will der HDE aber darauf hinweisen, dass das gemeinsame Konzept nicht zu einer ungleichen Behandlung der Kreditwirtschaft und des Handels führen darf. In dem Konzept räumen die EZB und die Bundesbank der Kreditwirtschaft verbindlich konkrete Vorteile zum Ausgleich ihrer mit der Euroeinführung entstehenden Aufwendungen ein. Dies sind Boni-Vergütungen für frühzeitiges Frontloading, die Einräumung eines Kostenvorteils aus der entgeltfreien Abgabe von Münzrollen und der Belastungszeitpunkt für die Euro-Erstausrüstung der Banken. In dem gemeinsamen Konzept gehen die Beteiligten, das heißt auch die Kreditwirtschaft, ausdrücklich davon aus, dass die Geschäftskunden der Banken an den aufgezählten Vorteilen angemessen beteiligt werden.

Zu dieser Erwartung steht im klaren Widerspruch, dass die Kreditwirtschaft dem Handel in bisherigen Gesprächen und Schriftverkehr eine unmissverständliche Absage erteilt hat, diese Vorteile auch nur teilweise weiterzugeben. Der Bundesbank ist bekannt, dass auch dem deutschen Handel erhebliche Aufwendungen entstehen. Der HDE hat die Bundesbank in dieser Angelegenheit angesprochen. Sie hat keinen Zweifel daran, dass sich die Kreditwirtschaft mit ihren Geschäftskunden, wie im gemeinsamen Konzept festgeschrieben, auf eine angemessene Beteiligung an den genannten Vorteilen verständigt. Der HDE würde es begrüßen, wenn die Bundesbank bei Bedarf als Moderator in dieser Sache bereitstehen würde.

Herr Meister, MdD:

Ergänzend zu meinen allgemeinen Ausführungen möchte ich zu dem, was Herr Krüger für den Hauptverband des deutschen Einzelhandels vorgetragen hat, darauf hinweisen, dass es praktisch überhaupt keine Subventionen in diesem Bereich gegeben hat. Man kann also nicht davon ausgehen, dass einige Teilnehmer unterstützt worden sind, während andere leer ausgegangen sind. Das hätte nicht nur dem Grundsatz widersprochen, dass die Kosten dort getragen werden, wo sie anfallen, sondern hätte nach meinem Dafürhalten auch das gesamte Konzept - nicht nur in Deutschland, sondern möglicherweise auch in Europa - in Frage gestellt. Wir wissen, dass die enormen Kosten, die mit der Einführung des Euro verbunden sind, alle betreffen. Gerade zu den beiden Aspekten, die Sie, Herr Krüger, angesprochen haben, möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die Bonusregelung für das Frontloading Gegenstand des Konzepts sein musste, weil sonst die Entzerrung der Transporte überhaupt nicht realisierbar gewesen wäre.

Der zweite Punkt scheint mir wichtiger zu sein: Die Bundesbank stellt sicher, dass Starter Kits, mit Banknoten und Euro-Münzen kostenlos bepackt, in ausreichendem Maße dem Einzelhandel zur Verfügung gestellt werden. Ich denke, dass insbesondere diese Maßnahme erstens zu einem reibungslosen Übergang zur Einführung des Euro-Bargeldes beiträgt und zweitens auch die Aussage rechtfertigt, dass keine unbotmäßigen Vorteile für den einen oder anderen Konzeptbeteiligten eingeräumt worden sind.

Frage:

Es ist erstaunlich, dass solch eine Erklärung überhaupt im Europäischen System der Zentralbank abgegeben werden darf. Wie kann man das grundsätzlich einschätzen? Darf der Bürger bei der EZB jetzt über sein Geld mitreden? Das durfte er, bzw. die Verbände, bisher nicht. Kann man hier eine ganz neue Entwicklung erkennen?

Herr Meister, MdD:

Nein. Im Rahmen der EZB und anderer europäischen Institute ist der Grundsatz festgelegt worden, dass die Kosten dort getragen werden, wo sie anfallen. Aber es gibt natürlich Meinungsunterschiede darüber, unter welchen Voraussetzungen wo Kosten anfallen, z.B. über die Frage: Was ist hoheitliche Tätigkeit, was muss hier oder dort angesiedelt werden? Oder über die Frage, ob bestimmte Schritte, die in diesem Fall von der Bundesbank

ergriffen werden, Maßnahmen zur Begünstigung von Konzeptbeteiligungen sind, oder zur Stabilisierung des Konzepts sind. Ich denke, dass letzteres der Fall ist. Insofern kann man eben auch nicht aufrechnen, ob der eine etwas mehr bekommen hat als der andere. Es gibt im europäischen Bereich allerdings Regelungen nationaler Behörden, die von dem in Deutschland durchgeführten Grundsatz abweichen. Da sind z. B. die Holländer, die ihre Starter Kits kostenlos zur Verfügung stellen, und zwar auch die darin enthaltenen Werte, wenn auch in einer kleineren Größenordnung als die deutschen Starter Kits. Aber insgesamt ist der Grundsatz eingehalten worden, und ich denke, dass man auch im Hinblick auf andere Konzeptbeteiligte - ich will nur die Automatenindustrie nennen, die auch enorme Aufwendungen zu verkraften hat - versuchen muss, diese Linie einzuhalten. Wir folgen damit auch einer Vorgabe der Europäischen Kommission sowie der EZB.

Frage:

Ich meinte das viel grundsätzlicher. Wird hier das nächste Mal ein Vertreter der Gewerkschaften stehen und seine Ausführungen zur Bargeldeinführung oder sonstige Versorgung der EZB in Deutschland vortragen?

Herr Meister, MdD:

Wir haben vereinbart, dass das gemeinsame Konzept von uns federführend vorgestellt wird, dass aber auch alle anderen Beteiligten die Möglichkeit haben, sich zu äußern. Und das ist erfolgt.

Frage:

Was muss Herr Jauch in Ihrer Kampagne machen?

Herr Meister, MdD:

Herr Jauch wird in einigen Fernseh- und Radiospots auftreten. Ich denke, er wird sich auf seine gewinnende Art und Weise mit den Schlafmünzen beschäftigen. Details werden am 4. Mai durch Herrn Welteke vorgestellt. Dafür wird es eine gesonderte Pressekonferenz geben.

Frage:

Wie hoch sind die Vergütungen für die Banken, wenn sie frühzeitig ihre Bestände zu Ihnen führen?

Herr Meister, MdD:

Um dem Transportgewerbe zu ermöglichen, die kommenden Belastungen möglichst ohne Inanspruchnahme fremder Spediteure zu bewältigen, ist es wichtig, dass die Transporte gestreckt und die vier Monate voll ausgeschöpft werden. Das Bonussystem ist so aufgebaut, dass der eingeräumte Vorteil umso höher ist, je eher das Frontloading beginnt. Es gibt drei verschiedene Einstufungen für die gewährte Vergütung: einmal 36 Tausendstel vom Betrag, dann 24 Tausendstel und dann 12 Tausendstel. Je näher der Dezember rückt, desto geringer wird die Entlastung für das Frontloading sein.

Herr Walter:

Mit dem Hinweis, dass man sich frühzeitig vorab ausstattet, haben wir gemeint, dass im Dezember keine Vergütung mehr gewährt werden sollte. Im übrigen sollen die Kosten, die uns sonst für Lagerung und Handling entstanden wären, dann auch weitergegeben werden. Insofern ist das keine Subvention, sondern eine Weiterleitung der Belastung und ist damit auch gerechtfertigt.

Frage:

Können Sie eine Größenordnung nennen, die Sie für Ihre Beteiligung für dieses Bonussystem und für Ihren Anteil an den Starter Kits für Geschäftskunden veranschlagen?

Herr Meister, MdD:

Das könnte ich, aber ich möchte es nicht; und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wenn man wirklich davon ausgeht, dass hier Leistungen erbracht werden, die unbedingt erforderlich für eine reibungslose Einführung des Euro-Bargelds sind, dann würde es wenig Sinn machen wenn man aufrechnet, wer möglicherweise welche Vorteile hat. Herr Walter hat eben noch einmal klargestellt, dass das Aufwendungen sind, die die Bundesbank erbringen wird, und ich meine auch: erbringen muss. Denn die Bundesbank erspart sich in der Tat dadurch Lagerungskosten u.ä. Wir tragen gleichzeitig dazu bei, dass das, was von allen Beteiligten gewollt war, erreicht wird, nämlich, dass die Frontloadingphase gestreckt wird. Das Konzept ist letztlich deswegen so gewählt worden, um die Kosten für alle Beteiligten möglichst gering zu halten. Interessanterweise sind viele europäischen Staaten diesem Konzept gefolgt. Wir sollten deshalb eine Diskussion über

die Zuordnung von Vorteilen möglichst vermeiden. Sie ist nach meiner Auffassung auch nicht gerechtfertigt.

Frage:

Woher nehmen Sie den Glauben, dass man für diese Umstellungen nicht Preisanpassungen nach oben in Kauf nehmen muss? Wenn ich Hersteller oder Einzelhändler bin, und ich beginne endgültig mit Euro auszuweisen, dann muss ich das so schwierig umrechnen. Und der neue Preis für das Produkt muss sich dem Verbraucher ja erst einmal einprägen. Ich muss also davon ausgehen, dass ich so schnell keine Preiserhöhungen machen kann. Das heißt, es ist durchaus verlockend, aber auch betriebswirtschaftlich sinnvoll, die Preise gleich am 1.1. anzuheben.

Herr Meister, MdD:

Zum einen glaube ich, dass es etwa genauso viele Abrundungen wie Aufrundungen geben wird. Durch Gespräche mit Gemeindevertretern und Vertretern der öffentlichen Hand ist eher daran gedacht, grundsätzlich nach unten ab- statt nach oben aufzurunden. Unter dem Strich wird es wohl, meine ich, zu keinen nennenswerten Preissteigerungen bei der öffentlichen Hand kommen. Was die Privatwirtschaft angeht, da gibt es ein stärkeres Argument, und das ist der Wettbewerb. Auch üben hier die Verbraucherinstitutionen eine wichtige Funktion aus, indem sie die dem Bürger bewusster machen, durch Preisvergleiche stärker auf den Wettbewerb Einfluss zu nehmen. Insbesondere bei der Suche nach Schwellenpreisen in Euro dürften sich Auf- und Abrundungen in etwa die Waage halten. Insgesamt rechne ich daher damit, dass hier jedenfalls keine nennenswerten Preissteigerungen zu erwarten sind, vor denen sich der Bürger sorgen muss. Durch Aktionen insbesondere einer amerikanischen Handelskette in den letzten Wochen wissen wir, wie hart der Wettbewerb im Einzelhandel ist. Das wird sich bis auf weiteres kaum ändern, so dass ich im Gegensatz zu vielen anderen ganz optimistisch bin, was die Preisstabilität angeht.

Frage:

Sie erwähnten, dass es eine Vereinbarung gibt, dass die Arbeitszeit auf 70 Stunden ausgedehnt werden kann. Müssen die Tarifpartner noch zustimmen?

Herr Meister, MdD:

Ich denke, es ist empfehlenswert, über diese Frage keinen Streit zu suchen. Es gibt eine sehr schwierige rechtliche Zuständigkeitsfrage. Vielleicht war das der Grund, weshalb man noch nicht in allen Fällen die Gespräche mit den Tarifpartnern aufgenommen oder zu Ende geführt hat. Ich kann nur empfehlen, dass man die Gespräche, soweit noch nicht geschehen, möglichst schnell aufnimmt, und dass man versucht, hier zu einem Einvernehmen zu kommen. Ich glaube, dass die Tatsache, dass die vorübergehenden Arbeitszeitveränderungen absolut notwendig sind, auf das Verständnis der Gewerkschaften stoßen wird.